

AUF EIN WORT



Über die Genderei an der deutschen Sprache

Erst sorgte das große „I“ für Aufsehen. Da hieß es auf einmal: Liebe MitarbeiterInnen! Kaum hatte man sich von den Augenschmerzen beim Lesen dieses scheußlichen „Binnen-I“ erholt, erschien das sogenannte „Gendersternchen“ am Horizont und grüßte uns mit: Liebe Bürger*innen! Und als gäbe es nicht schon genug Verhuzungen, trat auch noch der gendergerechte Unterstrich auf den Plan: Liebe Leser_innen!

Die Befürworter solcher Sprachungetüme argumentieren stets damit, dass sie auch in der deutschen Sprache die Gleichstellung von Mann und Frau durchsetzen wollen. Jedoch kann niemand ernsthaft versprechen, dass durch diese Verhuzung auch nur ein einziger zusätzlicher Vorstandsposten für ein Frau herauspringt. Andererseits kann jeder ahnen, was unserer Sprache der DichterInnen und Denker*innen droht, wenn es so weiter gendert.

Muss man wirklich die Schönheit unserer Kultursprache so rücksichtslos auf dem Altar des Gender-Mainstreaming opfern? Ja, meinte jedenfalls die ehemalige NRW-Landesregierung 2014 und setzte die Gender-Grätsche an den zwölf Studentenwerken des Landes an, die in Zukunft ganz geschlechtsneutral *Studierendenwerke* heißen mussten.

Allein der Verwaltungsrat der Aachener Vertretung bezifferte die Kosten der Umstellung auf sage und schreibe 300.000 Euro. Geht's noch? Den Gender-Genossen ist anscheinend nicht nur die Schönheit der Sprache Goethes und Schillers egal, sondern auch der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Geldern, zumal die Studentenwerke, pardon, *Studierendenwerke* wahrlich Besseres zu tun hatten, als sich mit neuen Beschilderungen und Briefköpfen herumzuschlagen.


Heidrun
Leinenbach



Redakteurin

Vorstand
FU Düsseldorf
Pressesprecherin

1. stellv.
Vorsitzende
Kreisvorstand
CDA Düsseldorf



Insgesamt irritiert mich, wie viele in dem Wahn leben, dass sich die Gleichstellung ausgerechnet auf dem Wege eines mutwilligen Eingriffs in die deutsche Sprache bewerkstelligen ließe. Ich frage mich wirklich, ob da vor hundert Jahren die vielen mutigen Frauen fürs Wahlrecht und ihre Gleichstellung gekämpft haben, damit wir uns heute ernsthaft mit Binnen-I und Gendersternchen beschäftigen. Gott bewahre mich vor dem Tag, an dem ich *Pressesprechende* der Frauen-Union heißen müsste!

Heidrun Leinenbach



Ist die Diesel-Dämmerung noch zu stoppen?

In immer mehr deutschen Städten müssen sich die Gerichte mit der Forderung nach Fahrverboten für Dieselfahrzeuge befassen. Die einst hochgepriesene Dieselsechnologie wird pauschal diskriminiert, die Dieselfahrzeuge verlieren massiv an Wert und der Dieselfahrer selbst kommt bald vielleicht nur noch autofrei in seine Innenstadt.

Wie konnte es dazu kommen? Und was soll daraus werden?

Der Diesel unter Dauerbeschuss

Zunächst ein kleiner Rückblick: Als die EU 2010 eine Verschärfung der Grenzwerte für eine bessere Luftqualität beschloss, war vielen Beobachtern klar, dass die Stickstoffdioxid-Grenzwerte in den Städten nicht so ohne Weiteres einzuhalten waren. Doch darauf passierte erst einmal – fast nichts.

Als dann durch die Betrügereien bei VW der Dieselmotor in den Fokus der Öffentlichkeit geraten war, sahen die Robin Hoods der reinen Luft, die „Deutsche Umwelthilfe e. V.“, ihre Chance gekommen: Man überzog die großen Städte mit Klagen wegen Überschreitung des Stickstoffdioxid-Grenzwertes. Und man jagte den arglosen Dieselfahrern Angst und Schrecken ein. Ein gerichtlich verordnetes Fahrverbot folgte aufs andere.

Inzwischen ist die Diskussion um die richtigen Grenzwerte ziemlich aus den Fugen geraten: Die aufgeregte Öffentlichkeit schießt auf die aktuellen Grenzwerte und übersieht dabei, dass der Ausstoß von Stickstoffdioxid in den vergangenen Jahrzehnten nach und nach gesunken ist. Die Verbrennungsmotoren werden also, auf lange Sicht betrachtet, immer umweltschonender – vor allem auch der in Ungnade gefallene Diesel!

Der Kampf um die Grenzwerte ist grenzwertig

Eins ist klar: Wenn keiner mehr Auto fährt, ist die Luft am saubersten. Das kann außer ein paar radikale Anti-Auto-Aktivisten niemand ernsthaft anstreben. Was ist also das richtige Maß?

Generell gilt für die Schadstoffbelastung natürlich: je weniger, desto besser. Es gibt für Stickstoffdioxid aber keinerlei medizinische Schwellenwerte, ab denen eine Gesundheitsgefährdung mit Sicherheit völlig auszuschließen wäre. Der heute geltende Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft ist sicher nicht völlig aus der Luft gegriffen, aber auch nicht unfehlbar.

Heidrun Leinenbach

Alternative Maßnahmen – endlich handeln!

Neben dem Umstand, dass alle Prognosen darauf hindeuten, dass die Stickstoffbelastung der Innenstädte auch weiterhin rückläufig sein wird, sollten alternative Maßnahmen diesen Prozess flankieren. Hier müssen die Großstädte mehr Initiative ergreifen: Wie weit ist die Umrüstung der Fahrzeugflotten der Städte und Kommunen auf umweltfreundlichere Antriebe gediehen? Wie steht es um den Ausbau von Park-and-ride-Angeboten? Wann folgen den schönen Worten zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs auch die guten Taten?

Die ökonomischen Folgen der Diesel-Fahrverbote

Der Anteil der Dieselmotoren bei Neuzulassungen ist von ca. 50 Prozent (2015) auf rund 33 Prozent gesunken. Das ist der Anfang vom Ende einer erfolgreichen deutschen Innovationsmaschine, die immer sauberer geworden ist. Darüber hinaus wird die gesamte deutsche Autoindustrie in Mitleidenschaft gezogen. Immerhin steht sie für 8 Prozent der Wirtschaftsleistung, bietet Beschäftigung für 820.000 und indirekt sogar 1,8 Mio. Menschen.

Es ist sicher richtig, dass man nicht auf jede umweltpolitische Maßgabe mit dem Arbeitsplatz-Argument zurückschlagen sollte. Aber hier stehen die Belange der Ökologie und der Ökonomie in einem krassen Missverhältnis. Es bleibt zu hoffen, dass die Diesel-Dämmerung mit guten Argumenten noch verhindert werden kann.

Heidrun Leinenbach

„Geglaubt wird, was ins Weltbild passt.“ Über Fake-News im Bundestagswahlkampf 2017

Die Stiftung Neue Verantwortung e. V. hat vor einiger Zeit eine Studie veröffentlicht, die Fake-News im Bundestagswahlkampf 2017 untersucht hat. Ein Blick hinein lohnt sich.

Um es gleich vorweg zu sagen: Es hätte schlimmer kommen können! Schließlich ließen die Erfahrungen mit dem amerikanischen Wahlkampf 2016 und den vielen gezielten Desinformationen in den sozialen Medien nichts Gutes erahnen.

Die Studie stellt nun aber fest, dass es mit dem Einfluss ausländischer Geheimdienste nicht weit her war. Dafür fanden sich um so mehr inländische Fake-News. Schwerpunkt waren die Themen „Flüchtlinge“ und „Kriminalität“. Untersucht wurden v. a. Online-Nachrichtenseiten, öffentliche Facebook-Seiten, deutschsprachige Tweets und Youtube-Videos über einen Zeitraum von sechs Monaten bis zur Bundestagswahl.

In den sozialen Medien taten sich vor allem Rechtsextreme und die AfD als „Speerspitze der Verbreitung“ von Fake-News hervor, wie es in der Studie heißt. In sieben von zehn Fällen zählt die AfD zu den „reichweitenstärksten Verbreiter[n]“.

Das eigentlich Überraschende an der Studie ist, dass sich auch vermeintlich vertrauenswürdige Medien an der Verbreitung von Falschmeldungen beteiligt haben, wenn auch zumeist unwillentlich. Grund waren in der Regel unprofessionelle Recherchen. Selbst bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) fielen zwei Falschmeldungen auf.

Was die Korrekturbemühungen (z. B. Faktencheck der Tagesschau) betrifft, so bleiben sie gegenüber den ursprünglichen Fake-News relativ wirkungslos. Falschmeldungen erreichten bis auf wenige Ausnahmen deutlich höhere Reichweiten als ihre Richtigstellungen. Neben der zeitlichen Verzögerung finden die Autoren der Studie hierfür eine weitere Erklärung: „Geglaubt wird, was ins Weltbild passt.“

Also aufgepasst!

Die vollständige Studie finden Sie unter
https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/snv_fakten_statt_fakes.pdf

Mehr über die „Stiftung Neue Verantwortung e. V.“ erfahren Sie unter
<https://www.stiftung-nv.de/de>

Heidrun Leinenbach

Wohnungsgenossenschaften

Die Wohnungsfrage ist eine zentrale soziale Frage unserer Zeit. Deshalb müssen wir schnell und nachhaltig handeln. Denn wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, auch für Geringverdiener und die breite Mittelschicht. Um das zu erreichen, wurde auf dem Wohngipfel 2018 ein Fahrplan für eine Wohnraumoffensive mit 1,5 Millionen Wohnungen festgelegt. Dabei wurde vereinbart, investive Impulse für den Wohnungsmarkt zu geben, die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern, die Baukosten zu senken und Fachkräfte zu sichern.

Neben dem mittlerweile beschlossenen Maßnahmenpaket aus Mietrechtsanpassungsgesetz, Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau und Baukindergeld, denke ich, dass auch die Förderung kleiner und mittlerer Wohnungsbaugenossenschaften einen zielführenden und sinnvollen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot leisten können, da sie die Belastung durch Mieten niedrig halten. Das sind Maßnahmen neben dem Bau von Sozialwohnungen, die für preiswerten Wohnraum sorgen im Gegensatz zur Mietpreisbremse, die nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat.

Deshalb begrüße ich, dass Erwerber von Genossenschaftsanteilen anteilig in das Baukindergeld einbezogen werden. Um diesen Bereich zu stärken, sollten Wohnungsgenossenschaften grundsätzlich in relevante Förderprogramme einbezogen werden. Das gilt für bestehende Beratungs- und Förderprogramme für Unternehmensgründungen ebenso wie für Förderprogramme zum Erwerb von Wohneigentum.

Zudem befürworte ich eine Studie, die einerseits die Möglichkeiten des genossenschaftlichen Modells im Bereich sozialer und ökologischer Synergieeffekte untersucht (z.B. altersgerechtes Wohnen; Schnittstellen mit Pflege/ Kinderbetreuung; Sharing-Modelle), und andererseits in Erfahrung bringt, wie solche Wohnungsgenossenschaften erfolgreich gegründet werden und wie diese Gründungen unterstützt werden können. *Sylvia Pantel*

Sylvia Pantel



Bundestags-
abgeordnete
Wahlkreis
Düsseldorf-Süd

Vorsitzende
FU Düsseldorf

Vorsitzende OV
Düsseldorf-Rath

Mitglied
Bundesvorstand
FU Deutschland

Mitglied
Landesvorstand
FU NRW

Stellvertretende
Vorsitzende der
FU Bergisches
Land

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Zehntausende Kinder und Jugendliche erleiden jedes Jahr sexuelle Gewalt in der eigenen Familie, im sozialen Umfeld, in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen oder bei der Nutzung digitaler Medien. Statistisch ist jedes siebte bis achte Kind betroffen – Mädchen doppelt so häufig wie Jungen. Viele Betroffene bleiben ihr Leben lang durch die Missbrauchserfahrungen geprägt. Dies äußert sich in Gefühlen der Wertlosigkeit, Scham, Schuld, Wut, emotionalem Rückzug und sozialer Isolation, in Depression, Angstzuständen, Schlaf- und Essstörungen oder auch Alkohol- und Drogenmissbrauch.


Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir wichtige Verbesserungen im Kinderschutz. insbesondere durch Verschärfungen im Sexualstrafrecht, erreicht und im Koalitionsvertrag haben wir weitere Maßnahmen beschlossen. Umgesetzt wurde bereits die Verstetigung der Stelle des unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und die des Betroffenenbeirats sowie die Verlängerung der Aufarbeitungskommission. Aber auch darüberhinausgehende Schritte sind erforderlich, um den Schutz zu verbessern. Dazu wollen wir die Hilfesysteme für die Betroffenen stärken und ausbauen, die Ermittler stärken, um Taten künftig zu verhindern, konsequente Strafverfolgung ermöglichen sowie Präventionsangebote stärken und ausbauen.

Neben dem Ausbau spezialisierter Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend ist es auch wichtig, den Strafraumen für den sexuellen Missbrauch von Kindern zu erhöhen und verschiedene Schutzlücken im Gesetz zu schließen.

Um illegales Darknet zu bekämpfen, wollen wir einen neuen Straftatbestand schaffen, der das Betreiben von Handelsplattformen oder Servern, die zum Zwecke der Begehung von Straftaten betrieben werden, unter Strafe stellt. Die geltenden Regelungen greifen in diesen Fällen meist nicht.

Ermittler und Experten sind sich einig: Sie brauchen zur Strafverfolgung dringend die Verbindungsdaten als Instrument der Aufklärung und Prävention. Es kann nicht sein, dass Ermittlungserfolge gerade im Bereich der Kinderpornographie davon abhängig sind, welcher Telekommunikationsanbieter Verbindungsdaten überhaupt und wenn ja, wie lange speichert. Datenschutz, der ohnehin bereits durch strenge Verfahrensregeln gewahrt wird, darf nicht über dem Kinderschutz stehen!


Wir wollen auch den Strafraumen für den Besitz von Kinderpornographie erhöhen, um Kinder besser zu schützen und Wertungswidersprüche im Strafgesetzbuch zu beseitigen. Eine höhere Mindeststrafe ist zur Bekämpfung des Marktes notwendig. Es darf nicht sein, dass ein Ladendiebstahl einen höheren Strafraumen hat als der Besitz von Kinderpornographie.



Immer öfter wird sexuelle Gewalt an Kindern aufgezeichnet und im Netz verkauft. Missbrauch wird zur Ware. Über eine halbe Million Aufnahmen an polizeibekanntem Opfern wurden in den vergangenen eineinhalb Jahren gefunden. Das enorme Ausmaß dieser Verbrechen verdeutlicht „Arachnid“, ein Programm, das das Internet auf bereits polizeibekanntem Missbrauchsabbildungen durchsucht.

Arachnid ist die einzige Software ihrer Art weltweit. Sie hat bereits nach nur 6 Wochen 230 Millionen Internetseiten durchkämmt und dabei 5,1 Millionen Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten identifiziert sowie 40 000 eindeutige Bilder von Kindesmissbrauch aufgedeckt. Ich halte Arachnid für ein wertvolles Tool um Kinderpornografie zu reduzieren und den Zyklus des Missbrauchs zu durchbrechen.

Kinder sind unser höchstes Gut und unsere Zukunft. Für ihren Schutz setze ich mich gerne ein. *Sylvia Pantel*



Weibliche Genitalverstümmelung

Die Beschneidung von Mädchen ist eine schwerwiegende Körperverletzung, die oft zu erheblichen physischen und psychischen Leiden und Folgeschäden führt. Sie ist ein schwerer Verstoß gegen das Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit und gilt als Kindesmisshandlung.

Aktuellen Angaben von UNICEF zufolge sind weltweit mehr als 200 Millionen Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen. Tatsächlich dürften es eher doppelt so viele sein. In den Ländern und Kulturkreisen, in denen sie praktiziert wird, ist sie ideologisch mit einer Abwertung von Frauen und Mädchen zu Objekten von Herrschaft verbunden.

Auch unter Einwandererfamilien in Europa, Deutschland und Düsseldorf, finden sich Fälle. Gegen dieses grausame Verbrechen habe ich mich schon als Ratsfrau in Düsseldorf engagiert und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war ich Berichterstatterin zu dieses Thema.

Da die Zahl der in Deutschland Betroffenen kontinuierlich steigt, wurde 2013 mit § 226a StGB ("Verstümmelung weiblicher Genitalien") ein eigener Straftatbestand geschaffen. Beschneider haben eine Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bis zu 15 Jahren zu erwarten; auch Versuch, Anstiftung, versuchte Anstiftung und Beihilfe sind strafbar. Die Verjährungsfrist beträgt 20 Jahre. Seit 2015 fallen einzelne Fälle von Auslandstaten (von Ausländern im Ausland) unter das deutsche Strafrecht.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Union setze ich mich dafür ein, nicht nur den Frauen und Mädchen in Deutschland zu helfen, sondern auch den Umfang der Beschneidungspraxis in den Herkunftsländern zu verringern und zu verhindern, dass in Deutschland lebende unbeschnittene Mädchen nachträglich aus Gründen der Tradition beschnitten werden. *Sylvia Pantel*

Düsseldorf = Millionenstadt?

Seit einigen Jahren stelle ich mir immer öfter die Frage, wie weit soll Düsseldorf und somit auch unser Stadtbezirk 6 wachsen? Reicht die Infrastruktur aus, um das Mehr an Einwohnern aufzunehmen? Wie können wir verhindern, dass durch das Wachsen der Stadt und die große Anzahl der Pendler, die täglich nach Düsseldorf kommen, der Verkehr kollabiert?

In der Bezirksvertretung stellen wir zunehmend fest, dass neue Bauvorhaben von Investoren vorgestellt und vorhandene Wohnbebauung verdichtet wird. Selbstverständlich freuen wir uns als CDU, dass unser Stadtbezirk bei Investoren sehr beliebt ist. Doch wächst die Sorge, dass die Kindertagesstätten, Schulen, Ärzte, Jugendfreizeitangebote und vieles Mehr nicht gleichermaßen nachziehen. Schon jetzt reichen zum Beispiel die vorhandenen Plätze in Kindertagesstätten nicht aus, um alle Kinder auf den Wartelisten zu versorgen.

Das größere Problem der wachsenden Stadt, stellt für mich der Verkehr dar. So müssen wir im Stadtbezirk mit den Verkehrsknotenpunkten und deren Ausläufern, wie zum Beispiel der Hülsmeierplatz und das „Mörsenbroicher Ei“ tagtäglich leben. So manches Mal werden wir belächelt, wenn wir gerade auf die Erstellung von Verkehrsgutachten drängen, wenn neue Bauvorhaben in den ersten Kinderschuhen stecken. Natürlich machen wir es uns in der Bezirksvertretung nicht leicht, Verdichtungen zuzustimmen, die eben höhere Verkehrsaufkommen verursachen. Dann nutzen wir gerne die Möglichkeit, Nachbesserungen zum Beispiel bei Stellplätzen zu fordern.

Oftmals müssen wir die Interessen der Anwohner, aber auch die Interessen der Stadtteile und der dort ansässigen Einzelhändler abwägen. Ein Mehr an Einwohnern und in der Nachbarschaft Arbeitenden, bringt ein Mehr an Kaufkraft in die Stadtteile. Gerade diese Abwägung ist für uns oft nicht leicht bzw. wir machen sie uns nicht leicht. Dennoch hoffen wir, immer die richtige Entscheidung zu treffen. Dies gelingt sicher nicht immer.

Aber am Ende muss die Entscheidung für die Zukunft getroffen werden, ob wir in Düsseldorf und im Stadtbezirk möchten, dass die Stadt weiter so rasant wächst, wie derzeit. *Birgit Schentek*

Birgit Schentek



Stellvertretende
Bezirksbürger-
meisterin BV 6

Stellvertretende
Vorsitzende OV
Unterrath-Ost /
Lichtenbroich

Mitglied
Kreisvorstand
CDU Düsseldorf

Stellvertretende
Vorsitzende
FU Düsseldorf

Was war?

24.01.2019 FU Kreisvorstandssitzung

23.02.2019 FU Infostand zur Seniorenratswahl

01.03.2019 FU Besuch der Karnevalssitzung der KaKaJU

08.03.2019 FU Infostand zur Seniorenratswahl

28.03.2019 FU Jahreshauptversammlung – Referentin Petra Reichling, Autorin des Buches „Tatort Schulhof“

Was liegt an?

29.04.2019 FU Kreisvorstandssitzung

30.04.2019 um 18.00 Uhr „10. Forum für Europa“ mit Unterstützung der FU und des Wirtschaftsrates Düsseldorf – Gastredner: Friedrich Merz, Thema: Transatlantische Freundschaft – Wie wichtig sind die USA für Europa? (Handwerkskammer Düsseldorf, Georg-Schulhoff-Platz 1)

08.05.2019 um 18.30 Uhr „11. Forum für Europa“ mit Unterstützung der FU – Gastredner: Wolfgang Bosbach, Thema: Stresstest für Deutschland und Europa (CDU Landesgeschäftsstelle, Wasserstraße 6)

20.05.2019 um 10.00 Uhr Eröffnung Wanderausstellung des Deutschen Bundestages (Albrecht-Dürer Berufskolleg, Paulsmühlenstraße 1)

31.05.2019 FU Kreisvorstandssitzung

Weitere Termine für 2019 sind in Planung und werden rechtzeitig auf unserer Homepage mitgeteilt. Es lohnt sich also immer wieder einmal auf unsere Seite zu schauen ...

Irma Clören



Anmeldungen
und
Beantwortung
Ihrer Fragen
unter

Telefon:
0211 / 1653506

Mail: info@frauenunion-duesseldorf.de

FRAUEN UNION DÜSSELDORF

Möchten Sie unser „Auf ein Wort“ nicht mehr erhalten, Anregungen oder Kritik mitteilen, oder gar Mitglied werden, schicken Sie uns bitte eine Mail an info@frauenunion-duesseldorf.de oder rufen Sie uns gerne an unter 0211 / 1653506.

Noch mehr Neuigkeiten von der Frauen Union Düsseldorf finden Sie unter <http://www.frauenunion-duesseldorf.de>

Für eine Spende sind wir immer offen, gerne auf unser Konto bei der HSBC Trinkhaus & Burkhardt Bank
IBAN: DE27 3003 0880 0000 3270 18 – Verwendungszweck: „Frauen Union Düsseldorf“